Nicht pingelig

Für eine Million Mark wird untersucht, wie baufällig der Plenarsaal des Bundestages wirklich ist. Trick: Der Ältestenrat hat sich längst auf Abriß und Neubau festgelegt.

In den Bänken, wo sonst Alfred Dregger (CDU), Hans-Jochen Vogel (SPD), Wolfgang Mischnick (FDP) und Petra Kelly von den Grünen samt ihren Fraktionen sitzen, räkelten sich junge Leute, rund 400 amerikanische Austauschschüler. Vorn, unter dem riesigen Bundesadler, eröffnete Bundestagsvizepräsident Heinz Westphal (SPD) am Montag vorletzter Woche die Zusammenkunft im Plenarsaal des Deutschen Bundestages. Fürs erste war's die letzte.

Tags darauf zogen Handwerker ein. Sie reißen in den nächsten Wochen Stühle und Bänke heraus, bohren tiefe Löcher in Stützträger und Wände, schlagen Teile der Decke ab. Hinter Staub und Dreck, im Lärm der Preßluftbohrer und Vorschlaghämmer, versinkt eine prominente Kulisse bundesrepublikanischer Geschichte.

Doch die Männer, die da Hand an die Fundamente des Plenarsaals und einiger Etagen im Altbau des Bundeshauses legen, sind nicht gekommen, das jahrzehntelange Gezerre um die zukünftige Gestalt des westdeutschen Parlamentsgebäudes mit Hammer und Meißel zu beenden. Im Gegenteil: Sie demolieren zunächst nur für eine Million Mark Steuergelder Plenarsaal und Altbau – und verhelfen damit Bonnern und Bürgern zu einem weiteren Stück absurder Politwirklichkeit.

Nach einem Beschluß des Ältestenrates des Bundestages hat die Bundesbaudirektion die Bonner A. Dressler GmbH, Hoch- und Tiefbau, beauftragt, in den nächsten zwei Ferienmonaten des Parlaments verläßliche Daten über den Zustand von Mauern und Trägern im Bundeshaus (laut Westphal das „verbauteste Gebäude Europas") zu liefern. Auf den ersten Blick scheint die Investition lohnend, denn immer wieder haben Bauexperten vor Ungemach im Hohen Haus gewarnt. Mal bröckelte der Zement im Restaurant, mal drohte Gefahr von morschen Decken.

Tatsächlich wird das Geld wohl in den Sand gesetzt, auf den die ehemalige Pädagogische Akademie am Bonner Rheinufer gebaut ist. Denn inoffiziell, so geben Bonner Bauexperten zu, ist die Entscheidung des Bundestagspräsidiums über den Abriß des Plenarbaus längst gefallen – egal, wie der laute und staubige Test ausfällt. Nur noch pro forma wird frühestens in der zweiten Septemberhälfte im Plenum des Bundestages – dann im neuen Provisorium des renovierten Wasserwerks gleich nebenan – über das Projekt abgestimmt.

Hinter den verschlossenen Türen der Baukommission des Parlaments überkommen manchmal auch solche Abgeordnete, die am liebsten das ganze Parlament neu bauen wollen, kurzfristig Zweifel an ihrem Tun. Was sie nach über zwanzig langen Sitzungen ihren Wählern präsentieren, ist eine Zumutung: Inkompetenzen, Verschleierungen und Schlampereien im Umgang mit Millionen und Paragraphen.

Helga Timm etwa, Sozialdemokratin im Ältestenrat, verlangte in der Baukommissionssitzung vom 15. April von Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) und seinem Vize Richard Stücklen (CSU) erregt eine Erklärung zu Vorwürfen, der Ältestenrat habe bei dem Beschluß, nicht nur den Plenarsaal abzureißen, sondern auch noch einen üppigen Präsidialbau zu errichten, gegen Recht und Haushalts-Ordnung verstoßen. Und zwar so ausgiebig, daß der Rechnungshof schon protestiert habe.

Und sie ließ sich auch durch die Rabulistik ihres Kollegen Peter Conradi („Keine Maßnahmen, die mit dem Gesetz unvereinbar wären. Sie sind aber mit den Richtlinien, die wir aufgrund der Gesetze geschaffen haben, nicht vereinbar") nicht beruhigen. Der Vorgang sei für sie, so wetterte Frau Timm, „absolut gespenstisch", sie fühle sich „absolut ausgeschaltet", sie komme sich „wirklich wie die letzte Hampelfrau vor".

Jenninger („Greuelnachrichten") wiegelte ab und schimpfte – so das Protokoll – auf Indiskretins und Feiglinge: „Wenn die Dinge konkret werden und wenn es ans Eingemachte geht, verlieren sehr viele nicht nur die Selbstachtung vor sich, sondern auch noch den Schneid, den Mut, zu dem zu stehen, was sie einmal mitbeschlossen haben." Die Abgeordnete schwieg, „dankbar für diese Information".

Auch Fraktionskollege Conradi, Architekt und Bauexperte, wagte in der Kommission nur ein kurzes offenes Wort: „Der Bundestag macht sich durch die inkompetente, wankelmütige und ängstliche Art, in der er dieses Vorhaben betreibt, immer lächerlicher."

Fast alle Beteiligten sind sich einig: Die gute Stube der westdeutschen Demokratie soll schmucker werden.

Die Volksvertreter mögen sich nicht länger durch popelige Türen und enge Flure in ihr seit 37 Jahren immer wieder umgebautes Behelfsheim zwängen. Sie wollen durch eine repräsentative Eingangshalle schreiten, um dann in einem Plenarsaal nach Art eines Amphitheaters im Namen des Volkes abzustimmen.

Dem Präsidium soll mit zusätzlichen Kubikmetern umbauten Raumes und feinerem Interieur zu mehr Würde und Autorität verholfen werden. Vorsichtshalber hat der Bundestag seinem Präsidium und Teilen der Verwaltung für die Bauzeit von der „Allianz"-Versicherung das frühere Hotel „Tulpenfeld" als Ausweichquartier gemietet – für fast eine Million Mark jährlich. Zwei weitere



Bauarbeiten im Bundestag: Schlampereien mit Millionen und Paragraphen

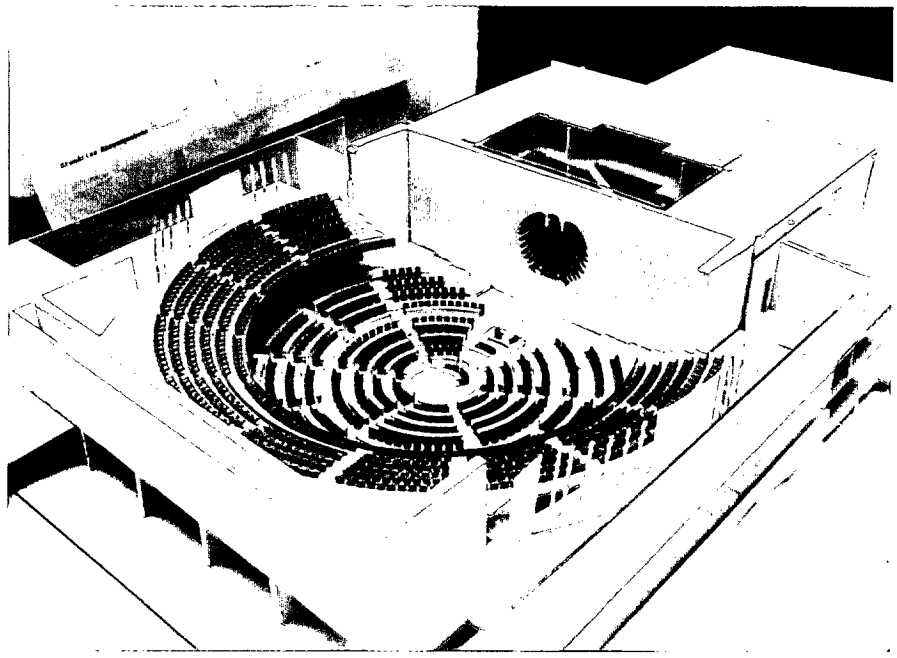
Millionen Mark kostet es, zusätzlichen Komfort einzubauen.

Der Ältestenrat hatte zwar im Januar dieses Jahres den Marsch in den neuen Prunk und damit den Abriß des alten Plenarbereichs beschlossen. Denkmalschützer, Haushaltsexperten des Bundestages und der Bundesrechnungshof legten sich aber quer und stoppten fürs erste die kostspielige Selbsterneuerung.

Die Bonner Bauherren sind bislang offiziell noch an einen Parlamentsbeschluß aus dem Jahre 1981 gebunden. Damals hatten sie sich unter dem Diktat leerer Kassen entschlossen, klotzige Neubaupläne zu vergessen.

Jetzt soll der restriktive Beschluß aus dem Jahre 1981 mit der Abbruchorder der Parlamentsältesten fünf Jahre später auf einen Nenner gebracht werden. Aus alt wird neu; es soll nur keiner merken.

Stücklen, Vorsitzender der Baukommission, tat sich bei der Manipulation während der Expertenberatungen in Wort und Tat besonders hervor. Im Januar dieses Jahres vergatterte er den Abteilungsleiter Erhard Weiß vom Bonner Bauministerium, „Reizworte" wie „Abbruch" künftig gefälligst zu vermeiden und statt dessen unverfänglich von „Baumaßnahmen" zu sprechen.



Modell des neuen Plenarsaals: Kostspielige Selbsterneuerung



Bundestags-Vizepräsident Stücklen: „Ein baukörperfreier Raum"

Nachdem der SPIEGEL Auszüge aus der vertraulichen Kommissionssitzung veröffentlicht hatte, ließ sich der Vizepräsident neue semantische Feinheiten einfallen. Laut Protokoll der Sitzung vom 15. April nahm Stücklen zu den Veröffentlichungen Stellung:

> Daß das Reizwort „Abreißen" – darauf hatte ich hingewiesen, als es hier zum ersten Mal fiel – draußen politisch würde mißbraucht werden können, war mir klar. Vermutlich werden Sie erkennen, daß ich mit meiner Anregung, von „Abreißen" gar nicht zu reden, nicht so falsch lag.
>
> Wenn uns die Auflage gemacht ist, daß wir das Dach abreißen müssen, daß wir die Decke herunternehmen müssen, daß der Fußboden heraus muß, daß die Seitenwände heraus müssen, ist das natürlich ein baukörperfreier Raum – um das ganz schonend zu sagen (Heiterkeit). Es ist so. Es ist ein baukörperfreier Raum. Das ist nicht in unser Ermessen gegeben, sondern die Auflage, die uns gegeben worden ist, ist, die Mängel zu beseitigen.

Bundestagspräsident Jenninger („Ich will jetzt nicht als Bauwütiger, wie der SPIEGEL oder sonst jemand, der aus diesen Sitzungen berichtet, schreibt, in Erscheinung treten") ist da schon weniger pingelig. Er will einfach bauen und mag sich nicht mehr bremsen lassen:

> Wenn bei einem Gebäude das Dach, die Stützen, die Wände und der Fußboden erneuert werden müssen, dann geht das nur im Wege des Abrisses und des Wiederaufbaus. Das ist doch eine Logik, die man doch nicht als Skandal bezeichnen kann . . . Wer hier rumläuft und meint, man könne mit ein bißchen Farbe, einem neuen Bretterboden und mit Salatöl die Roststellen beseitigen, der ist einfach bescheuert.

Dennoch wurde mit Jenningers Stimme im Ältestenrat die Test-Bohrung beschlossen.

Kostenbewußtsein ist ohnehin nicht das Erkennungsmerkmal der Bundestagsoberen der zehnten Legislaturperiode. Am 18. Februar stellte der Kölner Architekt Prof. Joachim Schürmann der Baukommission seine Planung eines Neubau-Komplexes unterhalb des Abgeordnetenhochhauses „Langer Eugen" vor. In dem Flachbau werden vor allem Abgeordnetenbüros und der wissenschaftliche Dienst untergebracht. Bis dahin waren, wie Ministerialdirektor Weiß bestätigte, die Baukosten mit 350 bis 400 Millionen Mark angesetzt worden.

Keine Nachfrage, kein Protest kam von Jenninger oder Stücklen, als Schürmann salopp verkündete, er habe seine Bauunterlagen „genau mit 501 Millionen" Mark abgeschlossen.

Ins Detail drangen die Parlamentarier besonders dann vor, wenn es um ihren Komfort und um ihre Würde ging. SPD-Conradi konnte aus eigener Erfahrung beisteuern, wie wichtig es sei, daß eine chemische Reinigung in Reichweite untergebracht werde. Conradi: „Das ist ein alter Ärger. Wenn man sich hier das Frühstücksei über den Anzug kippt, muß man in die Innenstadt fahren, um den Anzug reinigen zu können."

Der Sozi hatte sich auch Gedanken gemacht, wo die Volksvertreter diese hosenlose Zeit am besten zubringen: in einem „heiteren Bad", nach Art des „Trimini" im oberbayrischen Kochel:

Nichts, um „groß Sport" zu treiben, „ich stelle mir vor, daß man eher da rumschwimmt – und sich ergeht".

Mit der Würde des Parlaments nicht vereinbar hielt Conradi – unterstützt von CSU-Stücklen und CDU-Jenninger – den Plan, im obersten Stockwerk des neuen Plenarbereichs die ARD-Studios für die Parlamentsberichterstattung unterzubringen. Während Stücklen das Problem ideologisch anging („Nichts geht über den Plenarsaal"), übermannten Conradi existentielle Ängste. „Die leichte und frische Konstruktion" würde nachhaltig gestört, wenn über den Köpfen der Abgeordneten andere, obendrein noch keine Mandatsträger, ihre Geschäfte verrichteten – in Büros „mit Treppenaufgängen, Waschbecken und Klos, das heißt mit allem, was dazugehört".

Für die Plenarsitzung im September haben die Baumanager der Kommission in ihren Fraktionen die Weichen gestellt. Nur bei den Freien Demokraten regt sich noch Widerstand. In der Union hat Fraktionsführer Dregger nebst einigen Traditionalisten plötzlich seinen Hang zur alten Sitzordnung im großen Saal entdeckt: Er wettert gegen die vorgesehene runde Anordnung der Stühle.

Eines steht aber fest: Mit der Herstellung des laut Stücklen baukörperfreien Raumes wird erst nach der Bundestagswahl 1987 begonnen. Bis dahin – und dafür sorgen die Test-Bohrer der Firma Dressler – wird der alte Saal so zugerichtet, daß niemand mehr auf den Gedanken kommt, ihn jemals wieder in den ursprünglichen Zustand zu versetzen.



Frankfurter Bürgermeister-Kandidat Brück
Nach Dienstschluß das Menuett von Boccherini

FRANKFURT

Kreide fressen

Frankfurt bekommt einen neuen CDU-Oberbürgermeister, den auch manche Christdemokraten für eine Fehlbesetzung halten.

Wenn Walter Wallmann als Frankfurter Oberbürgermeister sprach, kam er sehr schnell auf den Punkt. Es gehe letztendlich, pflegte er dann zu sagen, „immer um den Menschen".

Auch wie es in ihm selbst menschelte, brachte der OB seinen Bürgern ständig nahe. Er hätte, verriet Wallmann offenherzig, „das alles nicht geschafft" ohne seine „liebe Frau". Und der Tod seines Rauhhaardackels „Schlingel" habe ihm „fast das Herz gebrochen", da habe er sich ganz schnell ein Ebenbild des geliebten Hundes zulegen müssen.

Gerührt nannten ihn dann viele Frankfurter Bürger „Walli".

So ähnlich möchte bei den Leuten nun auch der Mann ankommen, der Wallmanns Nachfolger werden soll: Frankfurts bisheriger CDU-Vorsitzender Wolfram Brück, 49. Wallmann selber hat ihn vorgeschlagen, wenn auch notgedrungen, und da die CDU-Fraktion im Stadtparlament die absolute Mehrheit hat, ist die Wahl am 14. August nur Formsache.

Der bisherige Personaldezernent Brück lädt neuerdings Journalisten zum Frühstück mit der Familie ein und führt sein trautes Heim vor. Nach anstrengender Arbeit, verbreitet dann etwa die „Frankfurter Neue Presse", „präludiert Wolfram Brück besonders gern" auf dem Klavier: „Wenn er dann fragt: ‚Was möchtest du hören?', wünscht sich Marianne oft das Menuett von Boccherini."

Wie die musische Ader gehört zu Brücks Image-Pflege, die ihm seine Berater dringend empfohlen haben, auch ein verbindlicheres Auftreten in der Öffentlichkeit. Denn nicht gerade als Softi hat sich Wallmanns rechte Hand bisher einen Namen gemacht. Im Brück-Vokabular, wie es Frankfurter Personalräte in Erinnerung haben, wird „mit eisernem Besen" gekehrt, „hagelt es Brocken". Er galt in der Union als „Hardliner".

Entsprechend schwer fällt es dem Christdemokraten, sich abzuschleifen. Wenn er gewinnend lächeln soll, so mißrät ihm das, wie ein CDU-Stadtverordneter beobachtete, „immer noch zu einem breiten Grinsen". Er könne, meint das Frankfurter Alternativ-Blatt „Pflasterstrand", „gar nicht so viel Kreide fressen". Der gelernte Staatsanwalt profitiert jetzt von einem Zweckbündnis, das ihn schon mit Wallmann verband, als dieser in den siebziger Jahren Vorsitzender des Guillaume-Ausschusses des Bundestages war. Brück war damals wissenschaftlicher Assistent des Bundestages und stand dem Ausschußvorsitzenden zu Diensten. Der holte ihn dann 1977, als er OB von Frankfurt wurde, an den Main, machte ihn zum Personaldezernenten und zum Vorsitzenden der Frankfurter CDU.

Zuständig war Brück fortan, in der Stadt wie in der Partei, fürs Grobe. Als OB Wallmann beispielsweise die Führungsriege der Jungen Union (JU) loswerden wollte, deren arrogantes Gehabe ihm nicht paßte, konnte er auf seinen Brück setzen. Manipulationen beim Mitgliederbestand der JU kamen dem CDU-Chef zupaß. Brück leitete ein Parteiausschlußverfahren ein. Das Bundesparteigericht der CDU aber hob die Rauswürfe auf und rügte Brück, er habe ein JU-Vorstandsmitglied zu Unrecht eines Fehlverhaltens bezichtigt; in einem anderen Fall hätte sich Brück überlegen müssen, ob nicht eine Ordnungsmaßnahme ausgereicht hätte.

In seinen Mitteln war der gebürtige Kölner, eher Feldwebel als Frohnatur, nur selten wählerisch. Einen Frankfurter, der in einer kommunalen Bürgerstunde der Stadt die Weitergabe personenbezogener Daten an die Polizei vorgeworfen hatte, verklagte Brück auf Unterlassung (erfolglos). Zum Beweis präsentierte der Stadtrat Tonbandaufzeichnungen, die während der Fragestunde ohne Wissen der Bürger angefertigt worden waren.

Seine Amtsstellung nutzte Brück auch schon mal, um private Dinge zu regeln. Als sein Bruder in Sambia auf Betreiben des Bundeskriminalamts wegen des Verdachts des Rauschgifthandels in Haft genommen worden war, reiste er umgehend nach Afrika und übte Druck auf zwei BKA-Beamte aus, die den Verdächtigen in die Bundesrepublik bringen sollten. Das Bundesinnenministerium teilte daraufhin der Frankfurter Staatsanwaltschaft mit, Brück habe versucht, „unter Herausstellung seiner politischen Position und der Androhung, man werde in Deutschland noch ein Wörtchen miteinander reden, die Beamten zu verunsichern".

Erste Wahl war Brück für seinen Gönner Wallmann nicht. Nur zu gern hätte der zum Bonner Umweltminister aufgestiegene Christdemokrat einen Promi-